Jahresabschluss 2023

PSD Bank Nürnberg eG

Nürnberg

Jahresabschluss der Kreditinstitute in der
Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft

Bestandteile Jahresabschluss

1. Jahresbilanz (Formblatt 1)
2. Gewinn- und Verlustrechnung
(Formblatt 3 - Staffelform)
3. Anhang

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

der PSD Bank Nürnberg eG

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die PSD Bank Nürnberg eG ist eine eingetragene Genossenschaft, die der amtlich anerkannten BVR Institutsicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen ist.

Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Wir betreiben grundsätzlich alle banküblichen Geschäfte.

Unser Geschäftsgebiet umfasst überwiegend Standorte in Franken, Sachsen und der Oberpfalz mit unserer Hauptstelle, 5 Filialen und 1 Beratungsbüro.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Die für das Verständnis der Analyse unseres Geschäftsverlaufs und unserer wirtschaftlichen Lage maßgeblichen Rahmenbedingungen im Geschäftsjahr haben sich wie folgt entwickelt:

Leichter Rückgang der Wirtschaftsleistung

Im Jahr 2023 beeinträchtigten die Spätfolgen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und der Coronapandemie die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands. Wegen dieser Belastungen sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 %, nachdem es 2022 noch merklich zugelegt hatte (+1,8 %). Die Inflationsrate verminderte sich zwar von 6,9 % im Jahresdurchschnitt 2022 auf 5,9 % 2023. Der Preisauftrieb blieb damit aber weiterhin ausgesprochen hoch.

Robuste Arbeitsmarktlage

Trotz der allgemeinen Konjunkturschwäche blieb der Arbeitsmarkt in einer soliden Grundverfassung. Zwar stieg die Arbeitslosenzahl in der Statistik, auch wegen der verstärkten Erfassung Geflüchteter, von 2,4 Millionen Menschen im Vorjahr auf 2,6 Millionen Menschen. Die Arbeitslosenquote befand sich mit 5,7 % aber nach wie vor auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau und nur leicht über dem Stand von 2022 (+5,3 %). Zudem hielt der Beschäftigungsaufbau an. Die Erwerbstätigenzahl kletterte im Vorjahresvergleich um rund 300.000 auf einen neuen Rekordwert von gut 45,9 Millionen Menschen.

Inflationsrate nach Höchststand etwas gesunken

Nachdem die jährliche Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex 2022 mit 6,9 % den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht hatte, ging sie 2023 etwas zurück. Im Jahresdurchschnitt lag die Inflationsrate bei 5,9 %, wobei die Monatswerte einen klar rückläufigen Trend zeigten. So ist die Inflationsrate ausgehend von den im Januar und Februar mit jeweils 8,7 % markierten Maximalwerten bis November und Dezember auf Jahrestiefstände von 3,2 % und 3,7 % gefallen. Generell haben sich die Triebkräfte der Inflation verschoben, weg von den Importpreisen hin zur Binnenteuerung. Verantwortlich für den Rückgang der Gesamteuerung war in erster Linie der nachlassende Preisanstieg bei Energie. Angesichts staatlicher Entlastungsmaßnahmen und rückläufiger Notierungen für Energieträger verteuerten sich Energieprodukte 2023 um unterdurchschnittliche 5,3 %, nach einem enormen Anstieg um 29,7 % im Vorjahr. Bei Nahrungsmitteln hielt hingegen der hohe Preisauftrieb nahezu ungebremst an. Sie verteuerten sich um 12,4 %, nach einer Erhöhung um 13,4 % im Vorjahr.

EZB erhöht Leitzinsen um 200 Basispunkte auf höchstes Zinsniveau ihrer Geschichte

Nachdem die Europäische Zentralbank ihre Leitzinsen 2022 um 250 Basispunkte erhöht hatte, vollzog sie 2023 sechs weitere Zinserhöhungen um insgesamt 200 Basispunkte. Am 20. September 2023 erreichten die Leitzinsen ihren vorläufigen Höhepunkt mit 4 %. Parallel zu ihren Leitzinserhöhungen fuhr die EZB auch ihre Anleihekaufprogramme weiter zurück, um dadurch ihre restriktive Geldpolitik zu verstärken.

Entwicklung der Anleiherenditen

Inflations- und Zinserwartungen sowie die tatsächlichen Entscheidungen der Notenbanken prägten die Anleihenmärkte 2023 in Form hoher Volatilität. Das Jahr begann, nach den starken Kursverlusten durch Kriegs-

Inflations- und Zinsschocks 2022, mit einer Erholung. In der Folge fielen die Renditen der Staatsanleihen. So belief sich die Rendite der zehnjährigen deutschen Staatsanleihe am 02. Februar 2023 auf 2,07 %, nach noch 2,56 % an Neujahr. Aufgrund der weiterhin restriktiven Politik der Notenbanken stiegen die Renditen danach jedoch wieder an.

Im Zuge der US-Regionalbankenkrise und der Schieflage der Credit Suisse, die zu einer von den Schweizer Behörden organisierten Zusammenlegung mit dem Schweizer Konkurrenten UBS führte, fiel diese Rendite jedoch bis zum 20. März auf 2,1 % zurück.

Dieses Auf und Ab setzte sich im weiteren Jahresverlauf fort. Die zehnjährige Bundesanleihe erwirtschaftete zum Jahresende mit 2,03 % ein Fünftel weniger Rendite als zum Jahresanfang.

Ähnlich entwickelten sich andere Anleihen des Euroraumes, während amerikanische und britische Anleihen zwar ebenfalls Kursgewinne zum Jahresende verzeichneten, wegen der unterschiedlichen Zinszyklen damit aber nur auf die Niveaus des Jahresauftakts zurückfielen.

Die Anleihen folgten hierbei den Erwartungen der Märkte an eine 2024 deutlich sinkende Inflation mit entsprechenden Leitzinssenkungen der Notenbanken.

DAX schließt nahe Rekordhoch

Die Aktienmärkte setzten zum Jahresauftakt die Erholung von Ende 2022 fort. Der DAX stieg vom 01. Januar bis zum 09. März 2023 um 12,3 %. Anschließend erschütterte jedoch die Krise der US-Regionalbanken die Finanzmärkte, insbesondere die plötzliche Zahlungsunfähigkeit der Silicon Valley Bank, was zu Kursverlusten führte. Im Jahresverlauf erholte sich der Index wieder. Zum Jahresende verstärkte sich die Erholung aufgrund sinkender Inflationszahlen und damit verbundener Hoffnungen auf Leitzinssenkungen der Notenbanken. Der DAX schloss das Jahr mit 16.751,64 Punkten und auf Jahressicht um 20,3 % im Plus ab.

Entwicklung der PSD Banken

Die PSD Banken blieben auch im Jahr 2023 auf Wachstumskurs. Die addierte Bilanzsumme der 12 PSD Banken stieg um 155 Mio. Euro (oder 0,6 Prozent) auf insgesamt 27.240 Mio. Euro.

II.2 Leistungsindikatoren

Definition unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mit Hilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

- Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Jahresüberschusses vor Steuern und vor der Zuführung/Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zur durchschnittlichen Bilanzsumme (nachfolgend: „JÜ vor Steuern/dBS“) festgelegt. Die Kennzahl JÜ vor Steuern/dBS misst die Ertragskraft der Bank in Relation zum Geschäftsumfang, gemessen als durchschnittliche Bilanzsumme.

- Als Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit/Effizienz oder Produktivität unseres Instituts wurde die Cost Income Ratio (nachfolgend: „CIR“) bestimmt.

Sie stellt das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis (inkl. laufender Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren) sowie dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen dar.

- Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die harte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 2 CRR (Kernkapital des Instituts in Prozent des Gesamtrisikobetrags).

Entwicklung unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2023

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2023 stellt sich wie folgt dar:

Die Rentabilitätskennzahl JÜ vor Steuern/dBS sank im Vorjahresvergleich von 0,36 % auf 0,22 %.

Die CIR lag im Geschäftsjahr 2023 bei 86,5 % (Vorjahr: 70,9 %).

Die harte Kernkapitalquote belief sich auf 15,05 %; ein Zuwachs von 0,75 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr.

Die Entwicklung der harten Kernkapitalquote liegt deutlich über der in der Vorperiode berichteten Prognose. Ursächlich hierfür war neben einem stärker als geplanten Kernkapitalaufbau ein Rückgang des Gesamtrisikobetrags.

Die Entwicklung der CIR entsprach der Prognose während beim JÜ vor Steuern/dBS der Prognosewert nicht erreicht wurde. Wir verweisen hierzu auf den Abschnitt II.4.1.

II.3 Geschäftsverlauf der PSD Bank Nürnberg eG

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme	4.525.298	4.558.048	-	32.750	0,7
Außerbilanzielle Geschäfte	698.761	803.781	-	105.020	13,1

Die Bilanzsumme blieb mit einem Rückgang um 0,7 % nahezu unverändert.

Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 59 TEUR, aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 178.702 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 520.000 TEUR zusammensetzen, liegen unter dem Vorjahresniveau. Der Rückgang ist insbesondere auf die Fälligkeit eines Derivats mit einem Nominalvolumen von 75.000 TEUR zurückzuführen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Kundenforderungen	3.530.145	3.502.633	+	27.512	0,8
Wertpapiere	781.759	742.163	+	39.596	5,3
Forderungen an Kreditinstitute	141.897	217.055	-	75.158	34,6

Ein im Vorjahresvergleich höheres Neugeschäftsvolumen mit Baufinanzierungskrediten führte zu einem Anstieg der Kundenforderungen um 0,8 %.

Durch die Einbringung einer im Geschäftsjahr 2023 erworbenen Immobilie in die PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG erhöhte sich der Buchwert dieses Fonds um 39.000 TEUR, was maßgeblich für den Anstieg des Wertpapierbestands verantwortlich ist.

Insbesondere durch den Abbau von nicht benötigten Liquiditätsreserven bei der DZ Bank (-69.688 TEUR) gingen die Forderungen an Kreditinstitute im Geschäftsjahr 2023 zurück.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	572.554	644.676	-	72.122	11,2
Spareinlagen von Kunden	593.217	840.831	-	247.614	29,4
andere Einlagen von Kunden	2.858.618	2.559.489	+	299.129	11,7

In der Struktur der Passivseite sind im Berichtsjahr Veränderungen zu verzeichnen. Aufgrund der veränderten Marktzinverhältnisse wurden Einlagen mit einer festen Laufzeit zu Lasten von Spar- und Sichteinlagen stärker nachgefragt. Die anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (Passiva 2bb) erhöhten sich im Geschäftsjahr um 828.798 TEUR.

Durch Fälligkeiten gingen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Geschäftsjahr 2023 zurück.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	3.327	3.095	+	232	7,5
andere Vermittlungserträge	628	949	-	321	33,8
Erträge aus Zahlungsverkehr	2.721	1.064	+	1.657	155,7

Das Dienstleistungsgeschäft entwickelte sich insgesamt positiv. Lediglich die anderen Vermittlungserträge gingen (u.a. aufgrund reduzierter Vermittlungen von Krediten, Bauspar- und Versicherungsverträgen) zurück.

Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr sind insbesondere durch die Neueinführung von Entgelten aus dem Bereich Kontoführung/Zahlungsverkehr angestiegen.

Immobilien-geschäft

Darüber hinaus investieren wir in Immobilien zur Erzielung von Mieterträgen. Im Geschäftsjahr wurde eine Gewerbeimmobilie neu erworben und in die PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG eingebracht. Außerdem wurde eine Immobilie verkauft und eine Immobilie außerplanmäßig abgeschrieben.

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen betragen im Berichtsjahr 36.613 TEUR und betrafen im Wesentlichen den Erwerb einer Immobilie.

Im Berichtsjahr wurden in die Betriebs- und Geschäftsausstattung 166 TEUR investiert.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr war neben den nachfolgend dargestellten Sachverhalten durch keine außergewöhnlichen Vorgänge gekennzeichnet.

Zur Konzentration unseres Geschäftsstellennetzes wurde ein Beratungsbüro geschlossen.

II.4. Lage der PSD Bank Nürnberg eG

II.4.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt.

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	35.327	47.019	-	11.692	24,9
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	9.359	11.485	-	2.126	18,5
Provisionsüberschuss ²⁾	959	814	+	145	17,8
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	9.150	1.524	+	7.626	500,4
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	18.514	17.141	+	1.373	8,0
b) andere Verwaltungsaufwendungen	22.607	23.283	-	676	2,9
Bewertungsergebnis ⁴⁾	2.732	-1.327	+	4.059	305,9
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	10.218	16.679	-	6.461	38,7
Steueraufwand	785	3.559	-	2.774	77,9
Jahresüberschuss	5.933	6.019	-	86	1,4

1) GuV - Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

2) GuV - Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

3) GuV - Posten 8 abzüglich GuV - Posten 12.

4) GuV - Posten 13 - 16

Der Zinsüberschuss ging im Berichtsjahr um 11.692 TEUR zurück. Dies ist im Wesentlichen auf die Anhebung unserer Kundeneinlagenzinsen und Veränderungen in der Struktur der Passivpositionen hin zu höher verzinsten Produkten zurückzuführen. Das Derivateergebnis wirkte sich positiv auf das Zinsergebnis aus. Die erhaltene Ausgleichszahlung in Höhe von 1.957 TEUR aus der vorzeitigen Auflösung eines Derivats führte zu einem positiven Effekt.

Die laufenden Erträge haben sich unter anderem deshalb verringert, da das ordentliche Jahresergebnis der PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG nicht vollständig ausgeschüttet wurde.

Das Provisionsergebnis erhöhte sich um 17,8 %. Dabei stiegen sowohl die Provisionserträge als auch die Provisionsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr. Der Provisionsertrag konnte insbesondere durch die Einführung von Entgelten aus dem Bereich Kontoführung/Zahlungsverkehr gesteigert werden.

Die Erhöhung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses betrug im Geschäftsjahr 7.626 TEUR. Hierbei wirkte sich insbesondere der Verkauf einer Immobilie positiv aus. Einem Gewinn aus Anlagenabgang in Höhe von 6.299 TEUR standen dabei sonstige Aufwendungen in Höhe von 809 TEUR entgegen.

Der durchschnittliche Personalbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Tarifliche und individuelle Gehaltssteigerungen führten zu einem Anstieg der Personalaufwendungen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen gingen im Vorjahresvergleich um 2,9 % zurück. Rückgänge u.a. bei den bezogenen Dienstleistungen von Dritten, Aufwendungen für Werbemaßnahmen, der europäischen Bankenabgabe und den Beratungskosten überkompensierten dabei die allgemeinen Preissteigerungen.

Das Bewertungsergebnis lag 4.059 TEUR über dem Vorjahreswert. Im Vorjahr vorgenommene Abschreibungen aufgrund zinsinduzierter Marktwertverluste führten in diesem Jahr teilweise wieder zu handelsrechtlichen

Wertaufholungen.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit hat sich im Vorjahresvergleich vermindert. Ursachen hierfür sind im Wesentlichen die oben dargestellten Faktoren sowie eine außerplanmäßige Abschreibung auf eine Immobilie in Höhe von 4.999 TEUR.

Die Aufwands-/Ertragsrelation (Cost-Income-Ratio – CIR, vgl. Definition im Abschnitt II.2) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 70,9 % auf 86,5 %. Die Rentabilitätskennzahl JÜ vor Steuern/dBS ging im Vorjahresvergleich zurück.

II.4.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr jederzeit aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen. Den Zahlungsverpflichtungen nach Art, Höhe und Fristigkeit konnte im Berichtsjahr stets nachgekommen werden.

Die Liquidity Coverage Ration (LCR) lag zum Bilanzstichtag bei 129.

Ein großer Teil der Wertpapiere der Liquiditätsreserve und des Anlagevermögens - mit Ausnahme der Fonds - ist notenbankfähig und kann somit bei der Deutschen Bundesbank zum Erhalt liquider Mittel hinterlegt werden.

Neben den dargestellten liquiden Mitteln stehen uns kurzfristig verfügbare Kreditlinien bei unserer genossenschaftlichen Zentralbank (DZ BANK AG) und die Refinanzierungsfazilitäten der EZB zur Verfügung.

Das Refinanzierungsgeschäft bei der Deutschen Bundesbank aus dem Jahr 2020 endete im Geschäftsjahr 2023, neue Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurden nicht getätigt. Übernachtkredite (Spitzenrefinanzierungsfazilität) bei der Deutschen Bundesbank und die eingeräumten Kreditlinien der DZ BANK AG haben wir im Jahresverlauf nicht in Anspruch genommen.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist auch in den folgenden Jahren aufgrund der vorhandenen Liquiditätsreserven sowie der Einbindung in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund nicht zu rechnen.

Bis zur Erstellung des Lageberichts liegen keine Anhaltspunkte für Umstände vor, die die Liquiditätslage der Bank nachteilig verändern könnten.

Weitere Ausführungen finden sich unter III.4 Liquiditätsrisiken.

II.4.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	<u>61.461</u>	<u>57.171</u>	+	4.290	7,5
Rücklagen	<u>139.888</u>	<u>134.972</u>	+	4.916	3,6

Veränderungen beim Eigenkapital ergaben sich durch Gewinnthesaurierung und den Ausbau der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 172.200 TEUR.

Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme hat sich von 9,43 % auf 9,80 % erhöht.

Die harte Kernkapitalquote beläuft sich auf 15,05 % und konnte somit deutlich erhöht werden. Die wesentliche Ursache für die Erhöhung des Kernkapitals ist die Zunahme der eingezahlten Kapitalinstrumente und die Rücklagenbildung aus Gewinnthesaurierung. Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestgröße wurde jederzeit erfüllt. Die Gesamtkapitalquote beläuft sich auf 18,15 % und konnte somit ebenfalls deutlich erhöht werden. Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestgröße wurde jederzeit erfüllt. Eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin vorrangiges Ziel der Geschäftspolitik.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,13 %. Unter Berücksichtigung der Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken würde sich eine Kapitalrendite von 0,21 % ergeben.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme beträgt 78,01 %.

Das Bruttokundenkreditvolumen (Kundenforderungen und unwiderrufliche Kreditzusagen) entfällt nahezu vollständig auf Privatkunden.

Im Kundenkreditgeschäft bestehen keine besonderen strukturellen Risiken und Risikokonzentrationen. Die Größenklassengliederung ist ausgewogen. Von den Kundenfinanzierungen entfallen 9,2 % auf die Größenklasse ab 500 TEUR.

Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen abgesichert.

Die aufsichtsrechtlichen Kreditgrenzen sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Anlagevermögen	509.576	454.977	+	54.599	12,0
Liquiditätsreserve	272.183	287.186	-	15.003	5,2

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 17,28 % an der Bilanzsumme. Hiervon entfällt ein Anteil von 4,42 % auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. von 12,86 % auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6).

Bei den festverzinslichen Wertpapieren handelt es sich ausschließlich um EUR-Anleihen.

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vom gesamten Wertpapierbestand wurde ein Teilbetrag in Höhe von 509.576 TEUR wie Anlagevermögen bewertet. Der Anstieg beim Anlagevermögen geht auf Neuinvestitionen und die Einbringung einer Immobilie in die PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG (bilanziert als Fonds) zurück. Durch die Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden im Geschäftsjahr Abschreibungen in Höhe von 6.681 TEUR vermieden.

Strukturierte Finanzinstrumente wurden als einheitlicher Vermögensgegenstand nach den allgemeinen Grundsätzen bilanziert und bewertet.

Weitere wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Da im Geschäftsjahr eine Immobilie verkauft wurde und auf eine weitere Immobilie eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen wurde, ist das Sachanlagevermögen gesunken.

Derivategeschäfte

Es bestehen Zinsderivate in einem Umfang von 520.000 TEUR, die der Steuerung des Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) dienen. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen. Zinsswaps mit langen Laufzeiten, deren Laufzeit die im Zinsbuch der Bank kontrahierten Geschäfte deutlich überschreitet, wurden in Bezug auf den laufzeitinkongruenten Teil nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips einzeln bewertet. Ein Swap mit 10.000 TEUR Nominalvolumen wurde im Geschäftsjahr vorzeitig aufgelöst.

II.5 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Wir beurteilen den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage unseres Hauses unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aufgrund der nachfolgend dargestellten Entwicklung als gut.

Das Wachstum im Bereich privater Baufinanzierungen war höher als geplant. Dagegen führten Umschichtungen und Nettoabflüsse bei den Kundeneinlagen zu einer Reduktion des Zinsergebnisses. Die Ausweitung der Dienstleistungserträge wirkte sich positiv aus.

Die Entwicklung der Ertragslage, gemessen an der Rentabilitätskennzahl JÜ vor Steuern/dBS, liegt deutlich unter der in der Vorperiode berichteten Prognose. Die Umsetzung geplanter Maßnahmen (z.B. der Verkauf einer Immobilie) sowie die vorzeitige Auflösung eines Swaps wirkten sich positiv auf das Ergebnis aus. Eine außerplanmäßige Abschreibung auf eine Immobilie wirkte sich dagegen negativ auf das Ergebnis aus.

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich durch gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserte Kapitalquoten aus. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.

Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen wurden Wertberichtigungen gebildet. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden.

Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

Die Ausgestaltung unseres Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen und Plandaten sowie die Risikotragfähigkeit der Bank. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken. Wir legen die für uns wesentlichen Risiken fest und entwickeln entsprechende Risikostrategien.

Die Risikotragfähigkeitsrechnung beinhaltet eine ökonomische und eine normative Perspektive.

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive, die einen periodischen Steuerungskreis darstellt, zielt auf die Fortführung der operativen Geschäftstätigkeit ab. In der normativen Perspektive betrachten wir die Einhaltung regulatorischer Anforderungen. Diese umfassen insbesondere die Kapitalanforderungen sowie Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals. Die Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, sofern die Kapitalquoten eingehalten und sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals erfüllt werden.

Die normative Perspektive bilden wir ausgehend von der Gesamtbankplanung über einen Zeitraum von fünf Jahren ab. In dieser wird die Entwicklung des regulatorischen Kapitalbedarfs bestimmt. Neben einem Planszenario werden mögliche abweichende Entwicklungen in einem adversen Szenario berücksichtigt.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive zielt auf den Schutz der Gläubiger aus ökonomischer Sicht ab. In der ökonomischen Perspektive, die in unserem Institut barwertig ermittelt wird, werden das Risikodeckungspotenzial und die konsistent dazu ökonomisch ermittelten Risiken gegenübergestellt. Die ökonomische Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, wenn die ökonomischen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend gedeckt sind. Die Bewertung des Risikodeckungspotenzials erfolgt unabhängig von Rechnungslegungskventionen und aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen.

Auf Basis des ermittelten Risikodeckungspotenzials legen wir im Rahmen unseres Strategie- und Limitierungsprozesses unser Gesamtbankrisikolimit fest. Wir stellen dabei sicher, dass genügend freies Risikodeckungspotenzial zur Verfügung steht, um zukünftige Wertschwankungen aufzufangen.

Unsere im Rahmen unserer ökonomischen Risikosteuerung ermittelten Risikodeckungspotenziale zum Bilanzstichtag betragen nach Abzug eines Puffers für unwesentliche Risiken 358,9 Mio. EUR, wovon 175,0 Mio. EUR für das Gesamtrisikolimit zur Verfügung gestellt wurden.

Demgegenüber standen aggregierte Gesamtbankrisiken in Höhe von 150,3 Mio. EUR, die sich wie folgt auf unsere wesentlichen Risikoarten verteilen: Zinsänderungsrisiko 74,2 Mio. EUR, Adressenausfallrisiken 28,7 Mio. EUR (davon Forderungen an Kunden 5,9 Mio. EUR, Eigenanlagen 22,8 Mio. EUR), Immobilienrisiken 40,1 Mio. EUR, operationelle Risiken 7,3 Mio. EUR.

Im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung bzw. Ad-hoc-Berichterstattung werden Vorstand und Aufsichtsrat informiert.

Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagementaktivitäten werden durch die Interne Revision geprüft.

Unser Stresstestkonzept umfasst die beiden Steuerungsperspektiven der Risikotragfähigkeit. Dabei ermitteln wir regelmäßig und anlassbezogen die Auswirkungen von Stresstests und adversen Szenarien. Die Reflexion und kritische Würdigung dieser Auswirkungen ist ein zentrales Element unseres Risikomanagements.

Im Folgenden erläutern wir das Risikomanagement unserer wesentlichen Risiken.

III.2 Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Die Zinsrisiken messen wir monatlich mit einem Value-at-Risk-Ansatz, wobei ein Konfidenzniveau von 99,9 % zur Anwendung kommt. Die gemessenen Risiken werden dem entsprechenden Teilrisikolimit gegenübergestellt, dessen Überschreiten die Anwendung definierter Steuerungsmaßnahmen auslöst.

Zur Ermittlung der Auswirkungen von Zinsänderungen hat die Bank für die wesentlichen variablen Positionen Ablauffiktionen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte und Elastizitäten ermittelt. Neben der Risikoermittlung im Rahmen der Risikotragfähigkeit werden die Zinsrisiken u.a. auch im Kontext des Zinsrisikoeffizienten ermittelt.

Aufgrund des von uns eingegangenen Zinsänderungsrisikos ist ein Rückgang des Zinsbuchbarwertes bei steigenden Zinssätzen zu erwarten. Die Bank setzt bei ihrer Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene verschiedene Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv / Passiv-Steuerung haben wir dazu Zinsswaps abgeschlossen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Es bestehen keine weiteren wesentlichen Marktpreisrisiken.

III.3 Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Das Adressenausfallrisiko im Kundengeschäft messen wir mittels des Kreditportfoliomodells Kundengeschäft aus dem Software-Modul VR-Control KRM mit einem Konfidenzniveau von 99,9 %.

Der Risikoausweis umfasst den unerwarteten Verlust, welcher als barwertiger Credit-Value-at-Risk (CVaR) ermittelt wird.

Die Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäfts erfolgt auf der Basis von Limitierungen und Steuerungsvorgaben für das Neugeschäft. Unsere Auswertungen geben Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen, Größenklassen, Sicherheiten und Risikoklassen. Risikokonzentrationen bestehen lediglich in der Sicherheitenart eigengenutzte Wohnimmobilien.

Risikovorsorge wird auf Basis der handelsrechtlichen Vorschriften gebildet.

Eigenanlagen

Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, eigene Analysen von Berichten und Veröffentlichungen sowie Beobachtungen der Spreadentwicklungen der Emittenten zurück.

Die Messung der Adressrisiken bei den Eigenanlagen erfolgt durch das Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte indem das zukünftige Verhalten definierter Risikoparameter auf Basis von Zufallszahlen in einer Monte-Carlo-Simulation abgebildet wird (Konfidenzniveau 99,9 %).

Diesen Risiken begegnen wir dadurch, dass wir hauptsächlich Wertpapiere von Emittenten bzw. aus Emissionen erwerben, deren Rating von einer anerkannten Ratingagentur als „Investment Grade“ beurteilt wurde. Das Ausfallrisiko begrenzen wir durch ein System interner Strukturlimits, die eine hinreichende Streuung des Depotbestandes gewährleisten.

Der Risikoausweis umfasst den unerwarteten Verlust, welcher als barwertiger Credit-Value-at-Risk (CVaR) ermittelt wird.

Länderrisiken

Länderrisiken sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung und bestehen nur im Bereich der Eigengeschäfte.

III.4 Liquiditätsrisiken

Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko aufgrund seiner Eigenart nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotential begrenzt und somit nicht in die klassische Risikotragfähigkeit integriert werden kann, haben wir diesbezüglich einen weiteren Prozess (Liquiditätstragfähigkeit) in die Risikosteuerungs- und Controllingprozesse aufgenommen.

Zur frühzeitigen Erkennung eines Liquiditätsengpasses wird die LCR-Kennziffer gemessen und gesteuert. Im Geschäftsjahr lag sie stets über dem geforderten Mindestwert von 100 %. Die Überwachung der Liquiditätstragfähigkeit bzw. die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt mit Hilfe entsprechender Liquiditätsablaufbilanzen (LAB), in welchen wir die szenariospezifischen Zahlungsmittelabflüsse den szenariospezifischen Zahlungsmittelzuflüssen an den jeweiligen Zahlungszeitpunkten gegenüberstellen. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem jeweilig definierten Liquiditätsdeckungspotential (LDP) für einen zuvor definierten Zeitraum (Liquiditätshorizont bzw. Überlebenshorizont) im jeweiligen betrachteten Szenario abgedeckt werden kann.

Unsere Refinanzierungsstruktur ist weitgehend durch Geschäftsbeziehungen mit Privatkunden und durch langfristige Pfandbriefemissionen geprägt. Im Zuge der Eckwertplanung erstellt die Bank einen Refinanzierungsplan für den jeweiligen Planungshorizont. Zur Sicherstellung der mittel- bis langfristigen strukturellen Liquidität beobachten wir regelmäßig die NSFR (Net Stable Funding Ratio). Damit beurteilen wir insbesondere die Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungen sowie unsere Stressresistenz insgesamt. Im Geschäftsjahr lag sie stets über dem Mindestwert von 100 %. In liquiditätsmäßig engen Märkten sind wir nicht engagiert. Eine Liquiditätsmanagementfunktion wurde mit dem Ziel der Liquiditätssteuerung eingerichtet, um in Phasen eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses einschließlich eines Stressfalls die Zahlungsfähigkeit zu sichern und eine Unterschreitung der bankaufsichtlichen LCR-Mindestquote zu verhindern. Zudem wurde für den Fall eines Liquiditätsengpasses ein Notfallplan festgelegt. Im Rahmen der Eigenanlagenstrategie streuen wir die Positionen der Liquiditätsreserve über Laufzeiten und Emittenten, um ein hohes Maß an Liquidierbarkeit zu erreichen, damit wir jederzeit kurzfristig auf unerwartete Zahlungsstromschwankungen reagieren können.

III.5 Operationelle Risiken

Wesentliche identifizierte operationelle Risiken werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht.

Die operationellen Risiken werden auf Basis des Basisindikatoransatzes abgeleitet und einem definierten Limit gegenübergestellt. Zudem werden auch Szenario-Annahmen im Rahmen von regelmäßigen Stresstests berücksichtigt.

Den operationellen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere Arbeitsanweisungen, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, laufende Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale, Backup-Einrichtungen, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision, Versicherungen (z.B. Diebstahl- und Betrugsrisiken). Zusätzlich hat unser Haus eine Notfallplanung erstellt.

Dem Rechtsrisiko begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare bzw. von rechtlich geprüften Vertragsvordrucken. Bei Rechtsstreitigkeiten nehmen wir Rechtsberatung in Anspruch.

Im Geschäftsjahr sind keine operationellen Risiken mit deutlicher Ertragsauswirkung eingetreten.

III.6 Weitere Risiken

Immobilienrisiken

Die Bank investiert im Rahmen ihres Eigenanlagengeschäftes in begrenztem Umfang direkt oder über Fonds bzw. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen in Immobilien. Die Risiken aus Immobilien stellen eine wesentliche Risikoart dar. Die Quantifizierung der Risiken erfolgt durch einen Value-at-Risk mit 99,9 % Konfidenzniveau mittels einer Monte-Carlo-Simulation auf Basis objektspezifischer Marktmethoden.

Im Rahmen der Stresstests wird ein erhöhter Abschlag auf den Marktwert unterstellt.

Nachhaltigkeitsrisiken

Einflüsse von Nachhaltigkeitsrisiken auf die primären Risikoarten werden im Rahmen der Risikoinventur analysiert und gewürdigt.

III.7 Gesamtbild der Risikolage

Zusammenfassend ist die Risikolage als geordnet einzustufen, da die Risikotragfähigkeit im Geschäftsjahr 2023 unter den definierten Risikoberechnungen stets gegeben war.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen haben wir im Jahr 2023 jederzeit eingehalten. Wir verweisen hierzu ergänzend auf unsere Ausführungen bei der Vermögenslage.

Nach dem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2024 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation der Bank gegeben. Die dargestellten Risiken werden die künftige Entwicklung unserer Bank voraussichtlich nicht wesentlich beeinträchtigen können.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die voraussichtliche Entwicklung der PSD Bank Nürnberg eG für das Geschäftsjahr 2024 beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen und Planungsrechnungen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Die Prognosen zur Konjunkturerwicklung gehen nach den im Februar 2024 veröffentlichten Einschätzungen der Konjunkturoxperten von einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes von 0,2 % im Jahr 2024 aus. Dabei werden Wachstumsimpulse voraussichtlich von privaten Haushalten und in Verbindung mit der Transformation der Wirtschaft erwartet, während diverse weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen die deutsche Wirtschaft belasten. Der Arbeitsmarkt wird als robust eingeschätzt. Bei der Inflation wird von einem im Vergleich zu den Vorjahren deutlich niedrigerem Niveau ausgegangen (Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 2024; Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz). Bzgl. der geldpolitischen Beschlüsse der EZB gehen wir weiterhin von einem datengestützten Ansatz der Notenbank aus und erwarten erste Zinssenkungen im Verlauf

des Jahres.

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der Kreditgenossenschaften werden nach unseren Einschätzungen auch im kommenden Geschäftsjahr von den Folgen des stark gestiegenen Zinsniveaus, dem weiterhin hohen Wettbewerb, den sich weiter entwickelnden Kundenansprüchen im Zusammenhang mit der Digitalisierung und den wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie von der Entwicklung von Immobilienpreisen und zunehmend auch von Auswirkungen des Klimawandels geprägt.

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf und voraussichtliche Lage

Im Kundenkreditgeschäft erwarten wir einen Anstieg des Neugeschäftsvolumens und des Kreditbestands.

Auch im Kundeneinlagengeschäft gehen wir von einem Anstieg des Geschäftsvolumens aus.

Wir erwarten, dass der Zinsüberschuss (inkl. laufender Erträge) im Folgejahr über dem aktuellen Wert liegen wird. Sowohl beim Zinsertrag als auch beim Zinsaufwand gehen wir von einem weiteren Anstieg aus. Aufgrund zusätzlicher Ausschüttungen aus der PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG erwarten wir, dass der positive Effekt überwiegt.

Das Provisionsergebnis soll weiter gestärkt werden. Aufgrund der im Verlauf des Jahres 2023 neu eingeführten Entgelte im Girokontobereich erwarten wir einen Anstieg, welcher steigende Provisionsaufwendungen überkompensieren wird.

Die Personalaufwendungen werden sich nach unseren Planungen im nächsten Geschäftsjahr aufgrund einer höheren Mitarbeiteranzahl sowie auch aufgrund tariflicher Lohnsteigerungen erhöhen. Bei den Sachkosten, inkl. planmäßiger Abschreibungen gehen wir ebenfalls von einem Anstieg aus.

Das prognostizierte sonstige betriebliche Ergebnis liegt im Jahr 2024 erheblich unter dem Wert des aktuellen Geschäftsjahrs, da sich im Jahr 2023 insbesondere Einmaleffekte wesentlich auswirkten.

Das prognostizierte Bewertungsergebnis 2024 liegt unter dem Vorjahreswert.

Unsere Planung basiert auf insgesamt fallenden Marktzinsen und konstanten Immobilienpreisen.

Erwartete Auswirkungen auf unsere bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen und Annahmen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2024 die nachfolgend dargestellten Auswirkungen auf unsere bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren (vgl. Definition Abschnitt II.2):

- Wir erwarten, dass der Jahresüberschuss vor Steuern in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme nahezu auf dem Niveau des Vorjahres liegt.
- Die Cost Income Ratio wird sich voraussichtlich leicht verbessern.
- Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine weitere Stärkung unseres Kernkapitals durch die voraussichtliche künftige Dotierung der Rücklagen und des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB. Die aufsichtsrechtlich festgelegte harte Kernkapitalquote wird dabei leicht zurückgehen, da wir mit einem Anstieg der risikogewichteten Aktiva im Jahr 2024 rechnen. Wir gehen davon aus, dass der aufsichtsrechtlich geforderte Mindestwert jederzeit eingehalten wird.

Gesamtaussage

Insgesamt erwarten wir unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass sich Geschäftsverlauf und Lage der PSD Bank Nürnberg eG, bei einem nahezu gleichbleibendem JÜ vor Steuern/dBS zufriedenstellend entwickeln werden, weil wir plangemäß im Kundengeschäft sowohl bei den Einlagen, als auch bei den Krediten und dem Provisionsgeschäft von einem wachsenden Volumen ausgehen. Wir erwarten eine angemessene Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aufgrund der jederzeitigen Einhaltung der Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität sowie die jederzeitige Sicherstellung der Risikotragfähigkeit in beiden Perspektiven.

Risiken

Wesentliche Risiken für die geschäftliche Entwicklung bestehen im kommenden Jahr bei einer unerwarteten Entwicklung der Zinsstrukturkurve, die zu einer Beeinträchtigung des geplanten Zinsergebnisses führen könnte.

Ein starker Anstieg der Kundeneinlagenzinsen in der Bankenlandschaft ist ein weiteres wesentliches Risiko, da dies zu einer Belastung des Zinsergebnisses durch Erhöhung der eigenen Konditionen oder Abflüsse von Kundeneinlagen führen könnte.

Ein weiteres wesentliches Risiko besteht bei sinkenden Immobilienpreisen.

Weitere wesentliche Risiken sehen wir in möglichen Auswirkungen durch eine weitere Eskalation des Russland-Ukraine-Konflikts.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den voraussichtlichen Geschäftsverlauf bestehen im nächsten Geschäftsjahr bei einer überplanmäßigen Kreditnachfrage und bei über den Planungen liegenden Einlagenzuwächsen. Chancen ergeben sich außerdem aus einer früheren oder stärkeren Leitzinssenkung und damit Normalisierung der Marktzenskurve, als dies geplant war. Auch ein nachlassender Wettbewerbsdruck um Kundeneinlagen stellt eine Chance für die Ertragslage dar.

V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Nürnberg, 15.03.2024

PSD Bank Nürnberg eG

Der Vorstand

gez. Helmut Hollweck

gez. Ronny Reißmann

gez. Jessica Tröger

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und traf die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse, dies beinhaltet auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers überwacht. Alle von ihm erbrachten Nichtprüfungsleistungen waren zulässig und wurden durch den Aufsichtsrat genehmigt. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse.

Darüber hinaus standen der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstand in engem Austausch miteinander. Der Aufsichtsrat unterhielt unverändert, die aus seiner Mitte heraus errichteten, fünf Ausschüsse. Der Prüfungsausschuss hat sich in seinen sechs Sitzungen umfassend mit der Rechnungslegung der Bank beschäftigt und stand in engem Kontakt mit der Innenrevision der Bank. Er hat auch den Jahresabschluss 2023 einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Der Kreditausschuss hat in insgesamt sechs Sitzungen getagt und über die ihm vorgelegten Beschlüsse beraten, geprüft und entschieden. Er erörterte die Kreditrisikostategie und analysierte die Ausfallquoten sowie die Blankovolumina. Der Wirtschaftsausschuss, der viermal tagte, beschäftigte sich mit der Anlagepolitik der Bank, mit konkreten Anlagen, aber insbesondere mit der Risikostrategie, die er beratend begleitete. Ein Überwachungsschwerpunkt waren die Eigenanlagen der Bank und die Investitionen in Immobilienvermögen. Der Personalausschuss hat Beschlüsse des Aufsichtsrats auf- und vorbereitet. Der Satzungsausschuss hat aufgrund des Fehlens an Themen keine Sitzung abgehalten. Nach den Empfehlungen der Ausschüsse wurden die erforderlichen Beschlüsse im Aufsichtsrat getroffen. Aus den Sitzungen der Ausschüsse ist jeweils dem Gesamtaufsichtsrat berichtet worden.

Der vorliegende Jahresabschluss 2023 mit Lagebericht wurde vom Verband der PSD Banken e.V. geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Generalversammlung berichtet. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses wurde durch den Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Durch Ablauf der Wahlzeit scheidet in diesem Jahr Frau Dipl.-Volkswirtin Carola Seifried, Herr Dipl.-Ing. Bernhard Pfund, und Herr Dipl.-Kfm. René Stein aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl der ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates ist zulässig. Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und den Mitarbeitern Dank für die geleistete Arbeit aus.

Nürnberg, 16.04.2024

gez. Tilman Engel
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			<u>3 312 882,34</u>		<u>3 337</u>
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			<u>29 497 231,14</u>		<u>30 281</u>
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	<u>29 497 231,14</u>				<u>(30 281)</u>
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	32 810 113,48	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			<u>117 827 708,63</u>		<u>151 317</u>
b) andere Forderungen			<u>24 069 737,89</u>	141 897 446,52	<u>65 738</u>
4. Forderungen an Kunden				3 530 144 906,33	<u>3 502 633</u>
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	<u>2 754 277 289,60</u>				(2 723 910)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		<u>63 441 384,45</u>			<u>65 623</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>58 650 606,58</u>				(60 989)
bb) von anderen Emittenten		<u>136 575 401,47</u>	<u>200 016 785,92</u>		<u>150 969</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>128 092 976,01</u>				(146 298)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	200 016 785,92	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				581 742 479,70	<u>525 570</u>
6a. Handelsbestand				-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			<u>12 076 378,52</u>		<u>12 406</u>
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
an Wertpapierinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			<u>8 050,00</u>	12 084 428,52	<u>8</u>
darunter: bei Kreditgenossenschaften	-				(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
bei Wertpapierinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				2 231 813,65	<u>2 273</u>
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
an Wertpapierinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				-	<u>1</u>
darunter: Treuhandkredite	-				(1)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			<u>48 121,00</u>		<u>166</u>
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	48 121,00	-
12. Sachanlagen				15 955 438,96	<u>44 081</u>
13. Sonstige Vermögensgegenstände				6 700 438,44	<u>2 072</u>
14. Rechnungsabgrenzungsposten				<u>1 665 704,60</u>	<u>1 573</u>
15. Aktive latente Steuern				-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				-	-
Summe der Aktiva				<u>4 525 297 677,12</u>	<u>4 558 048</u>

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			14 907,98		-
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>572 539 479,65</u>	572 554 387,63	<u>644 676</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		<u>582 527 302,00</u>			<u>839 192</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>10 690 062,93</u>	<u>593 217 364,93</u>		<u>1 639</u>
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		<u>1 611 458 671,12</u>			<u>2 141 129</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1 247 159 351,71</u>	<u>2 858 618 022,83</u>	3 451 835 387,76	<u>418 360</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				-	1
darunter: Treuhandkredite	-				(-) 1
5. Sonstige Verbindlichkeiten				33 607 144,82	60 673
6. Rechnungsabgrenzungsposten				75 887,73	80
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			<u>12 512 315,00</u>		<u>12 006</u>
b) Steuerrückstellungen			<u>240 334,90</u>		<u>1 709</u>
c) andere Rückstellungen			<u>10 637 582,25</u>	23 390 232,15	<u>6 820</u>
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				64 352 619,89	64 901
10. Genusssrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				172 200 000,00	168 700
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			<u>61 460 860,59</u>		<u>57 171</u>
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		<u>17 110 000,00</u>			<u>16 460</u>
cb) andere Ergebnisrücklagen		<u>122 778 479,92</u>			<u>118 512</u>
cc)		-	139 888 479,92		-
d) Bilanzgewinn			<u>5 932 676,63</u>	207 282 017,14	<u>6 019</u>
Summe der Passiva				<u>4 525 297 677,12</u>	<u>4 558 048</u>
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			<u>58 748,06</u>		<u>63</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	58 748,06	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>178 702 041,98</u>	178 702 041,98	<u>208 718</u>
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2023

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		72 874 870,21			61 266
darunter: aus Abzinsung von Rückstellungen	16 887,00				(-)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		1 679 318,54	74 554 188,75		1 677
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen		-			(46)
2. Zinsaufwendungen			-39 227 222,26	35 326 966,49	-15 924
darunter: erhaltene negative Zinsen	3 022,02				(802)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			9 359 078,77		11 485
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			225 617,33		343
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			248 893,65	9 833 589,75	618
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			6 738 953,86		5 162
6. Provisionsaufwendungen			-5 780 264,49	958 689,37	-4 348
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				12 958 047,68	4 502
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		61 840,09			(30)
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-15 223 334,24			-14 274
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-3 290 291,46	-18 513 625,70		-2 866
darunter: für Altersversorgung	-395 000,53				(-166)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-22 606 802,69	-41 120 428,39	-23 283
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-6 663 838,83	-3 374
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-3 807 568,15	-2 978
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-167 191,56			(-328)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft					
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			3 566 399,44	3 566 399,44	-
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-834 085,89		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				-834 085,89	8 466
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				10 217 771,47	16 679
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-	-
22. Außerordentliches Ergebnis				-	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-670 900,74		-3 495
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-114 194,10	-785 094,84	-65
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-3 500 000,00	-7 100
25. Jahresüberschuss				5 932 676,63	6 019
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				5 932 676,63	6 019
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage				-	-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen				-	-
				5 932 676,63	6 019
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage				-	-
b) in andere Ergebnisrücklagen				-	-
				5 932 676,63	6 019
28a.				-	-
29. Bilanzgewinn				5 932 676,63	6 019

3. ANHANG

A. Allgemeine Angaben

- Die PSD Bank Nürnberg eG, Nürnberg, ist beim Amtsgericht Nürnberg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 281 eingetragen.
Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.
- In der Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich keine Veränderungen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen angesetzt.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigem Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen angesetzt.

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen, versteuerten Pauschalwertberichtigungen und Einzelrückstellung in ausreichender Höhe abgedeckt.

Für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft werden Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 gebildet. Dies betrifft alle nicht akut ausfallgefährdeten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden sowie die nach §§ 26, 27 RechKredV unter der Bilanz auszuweisenden Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen (einschließlich widerruflicher und unwiderruflicher Kreditzusagen). Die ermittelten Teilbeträge für die Pauschalwertberichtigung werden von den Aktivposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden abgesetzt. Die Teilbeträge für das außerbilanzielle Geschäft werden unter den anderen Rückstellungen passiviert und entsprechend von den Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften sowie den unwiderruflichen Kreditzusagen abgesetzt. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgt auf Grundlage des im Rahmen des internen Risikomanagements ermittelten erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien (Bewertungsvereinfachungsverfahren). Der erwartete Verlust wird unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt ermittelt.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die wie Anlagevermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Bestand.

Der Ansatz der Wertpapiere erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Als Wertmaßstab im Rahmen der Folgebewertung wird auf den Börsenpreis oder einen ggf. bestehenden Marktpreis zurückgegriffen. Besteht kein aktiver (liquider) Markt oder kann ein Börsen- oder Marktpreis aus anderen Gründen nicht festgestellt werden, wird der beizulegende Zeitwert mittels Barwertberechnung (Discounted Cashflow-Verfahren) ermittelt.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert.

Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund des eingebetteten Derivats im Vergleich zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Risiken oder Chancen aufweisen, haben wir nicht im Bestand. Eine getrennte Bilanzierung ist daher nicht erforderlich.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip zu fortgeführten Anschaffungskosten, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der entgeltlich erworbenen immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientieren.

Außerplanmäßige Abschreibungen wurden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

Software wurde unter der Bilanzposition "Immaterielle Anlagewerte" ausgewiesen. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr bei linearer Abschreibung pro rata temporis abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Der Aktivüberhang resultiert im Wesentlichen aus den Wertpapieranlagen, aus den Sachanlagen, aus den Kundenforderungen sowie den Pensions- und anderen Rückstellungen. Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Verbundene Unternehmen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen, wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der "Richttafeln 2018 G" (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Anwartschaften auf Pensionen werden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren angesetzt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert.

Als Rententrend für die Pensionsrückstellungen werden 3 % und für die Rentenzusagen eine Anpassungsdynamik von 2 % angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit 1,83 % (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Dezember 2023 ermittelten Zinssatzes). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 91 057 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Die Pensionsanwartschaften der Vorstände und Teile der Versorgungsverpflichtungen gegenüber früheren Vorständen wurden auf externe Versorgungsträger übertragen (R+V Pensionsfonds AG bzw. Versorgungskasse genossenschaftlicher Unternehmen (VGU e.V.)). Die Leistungsempfänger sind in vollem Umfang durch Deckungskapital abgedeckt. Bei der Bank verbleibt darüber hinaus die Subsidiärhaftung.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 1.371.016 EUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 1.371.016 EUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände (Rückdeckungsversicherungen) wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betrug 1.371.016 EUR. Erträge aus der Abzinsung der Verpflichtungen wurden mit den aus dem Deckungsvermögen resultierenden Erträgen (Wertsteigerungen, Zinsen, Dividenden) in Höhe von 31.011 EUR verrechnet.

Im übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

- **Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs**

Zinsswaps mit langen Laufzeiten, deren Laufzeit die im Zinsbuch der Bank kontrahierten Geschäfte deutlich überschreiten, wurden in einen zum Zinsbuch volumens- und laufzeitkongruenten Teil (Kassa-Swap) und einen volumens- und laufzeitinkongruenten Teil (Termin-Swap) aufgeteilt. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2023 war keine Rückstellung zu bilden.

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 (n.F.) verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebene positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert im Kundenkreditgeschäft sowie Eigengeschäft und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2023 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig in gerigem Umfang Bürgschaften.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2023 in Höhe von 178.702.042 EUR betreffen 178.486.341 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Die widerruflichen und unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Den latenten Risiken der Positionen unter dem Bilanzstrich wurde durch die Bildung von Pauschalrückstellungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Soweit die derivativen Geschäfte im Einzelfall nicht der Aktiv-Passiv-Steuerung dienen, werden sie nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips einzeln bewertet. Bei der Bewertung langlaufender Zinsswaps erfolgt eine wirtschaftliche Aufteilung in einen laufzeitkongruenten Teil, der in die verlustfreie Bewertung des gesamten Zinsbuchs einbezogen wird, und in einen laufzeitinkongruenten Teil, der einzeln imparitatisch bewertet wird.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichen-gerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
keine

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs- /Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1 748 624	-	-	a) - b) -	1 748 624	48 121	165 985
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	47 431 764	36 447 806	-	a) 58 891 577 b) -	24 987 993	14 789 338	42 596 280
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	6 578 232	165 509	-	a) 132 363 b) -	6 611 378	1 166 101	1 484 410
a	55 758 620	36 613 315	-	a) 59 023 940 b) -	33 347 995	16 003 560	44 246 675

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstich- tag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1 582 639	-	-	-	117 864	-	1 700 503
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	4 835 484	-	691 649	-	6 064 218	9 398	10 198 655
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 093 822	-	130 302	-	481 757	-	5 445 277
a	11 511 945	-	821 951	-	6 663 839	9 398	17 344 435

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Schuldschein- darlehen/ Namenspapiere	15 000 000	-5 000 000	10 000 000
Wertpapiere des Anlagever- mögens	454 490 064	54 565 450	509 055 514
Beteiligungen und Geschäftsgut- haben bei Genos- senschaften	12 444 429	-360 000	12 084 429
Anteile an verbundenen Unternehmen	2 272 680	-40 866	2 231 814
b	484 207 173	49 164 584	533 371 757

Summe a und b

539 965 793

549 375 317

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind 132 469 950 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	14 659 638	5 000 000	-	-
Forderungen an Kunden (A 4)	55 693 156	137 716 509	715 767 798	2 617 200 278

In den Forderungen an Kunden sind 3 767 165 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 45 851 350 EUR fällig.
- In den Forderungen und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	<u>31 585 036</u>	<u>32 178 247</u>

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) und Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) sowie vergleichbaren EU-Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischem Investmentvermögen von mehr als 10 % (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert) EUR	Erhaltene Ausschüttungen EUR	Tägliche Rückgabe Ja / Nein
Ertrags- und Liquiditätssteuerung	<u>176 086 880</u>	<u>185 014 738</u>	<u>8 927 858</u>	<u>2 477 047</u>	<u>Ja</u>

Es handelt sich um Spezialfonds, bei denen eine tägliche Rückgabe von Fondsanteilen möglich ist. Eine vollständige Auflösung der Fonds kann vertraglich nur zum Geschäftsjahresende erfolgen.

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) WB Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2023	18 026	2023	-748
b) WB Projekt 1 GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2022	260 304	2022	235 406
c) WB 4 Werte & Boden GmbH & Co.KG, Nürnberg	5,10	2022	11 131 200	2022	264 472
d) Patrizia GrundInvest Dresden GmbH & Co. geschlossene InvKG, Augsburg	99,99	2022	32 602 861	2022	-67 301
e) PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG, Hamburg	100,00	2023	328 985 763	2023	9 879 371
f) WB 2 Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2022	45 613	2022	16 864
g) WB 4 Werte & Boden GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2022	11 131 200	2022	264 472
h) WB 5 Stuttgart GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2022	507 619	2022	482 619
i) Patrizia GrundInvest Objekt Dresden GmbH & Co. KG, Augsburg	94,90	2022	23 185 941	2022	-152 585
j) PSD Werte & Boden GmbH & Co.KG, Hamburg	100,00	2022	168 319 377	2022	3 456 363
k) WB 3 Werte & Boden Atrium GmbH & Co.KG, Nürnberg	100,00	2022	724 669	2022	432 669
l) WB 3 Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2022	15 481	2022	-3 242

Die unter Buchstabe a bis c genannten Unternehmen sind in der Bilanzposition verbundene Unternehmen bilanziert. Bei den unter Buchstabe a bis e genannten Beteiligungen handelt es sich um direkte Beteiligungen. Die Patrizia GrundInvest Dresden GmbH & Co. geschlossene InvKG, Augsburg sowie die PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG, Hamburg sind geschlossene AIF und damit Investmentvermögen. Diese werden nach § 17 i.V.m. § 7 Rech-KredV unter Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere bilanziert. Bei den unter f bis l genannten Beteiligungen handelt es sich um indirekte Beteiligungen.

- Auf den Konzernabschluss wird verwiesen.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
DZ Beteiligungs-GmbH & Co.KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,19	2023	3 209 878 565	2023	97 403 618

Weitere Beteiligungen wurden aufgrund der untergeordneten Bedeutung gem. § 286 Abs. 3 HGB nicht angegeben.

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	200 016 785	190 786 926	9 229 859	97 732 203

- Zu den Finanzanlagen gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, bestehen in folgendem Umfang:

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 97.460.163 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 90.778.666 EUR.

Auf im Anlagevermögen ausgewiesene Wertpapiere wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB nicht vorgenommen. Die Wertminderungen werden von uns als voraussichtlich nicht dauerhaft beurteilt, da es sich um rein zinsinduzierte Schwankungen handelt, die keine regelmäßig dauernde Wertminderung darstellen.

- In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
- Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	-
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 166 101

- Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Steuererstattungsansprüche	3 905 362
sonstige Forderungen	1 534 786
Gruppenunfallversicherung	905 588

- In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3 800 000	1 800 000

- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 170 897 880 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	32 772 731	55 290 758	240 650 250	243 825 741
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	435 284	9 712 899	541 880	-
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	61 578 991	429 500 896	328 522 168	427 557 297

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Steuer / Finanzamt	2 325 264
offene Rechnungen	617 646
Verbindlichkeit aus Barsicherheiten im Zusammenhang mit Derivaten	29 900 000

- Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:
Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 1 375 900 EUR an.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten weisen zum 31.12.2023 einen Nominalwert in Höhe von 64.352.620 EUR auf. Es bestehen folgende Emissionen von mehr als zehn Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

- Nachrangiges Schuldscheindarlehen 11 Mio. EUR, Zinssatz 2,087 %. Fälligkeit 12.07.2032

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Das Kapital ist nicht durch die gesetzliche Einlagensicherung geschützt. Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt 6, 10 und 13 Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff CRR).

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	16 519 940	9 329 255

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR
Geschäftsguthaben	
a) der verbleibenden Mitglieder	58 988 202
b) der ausscheidenden Mitglieder	2 343 659
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	129 000
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR -

- Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
	EUR	EUR
Stand 1. Januar 2023	16 460 000	118 512 261
Einstellungen		
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	650 000	4 266 219
Stand 31. Dezember 2023	17 110 000	122 778 480

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 3,500 %	2 087 997,36
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	650 000,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnisrücklagen	3 194 679,27
Insgesamt	5 932 676,63

- Ausschüttungsgesperrte Beträge bestanden zum 31. Dezember 2023

Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag liegt bei 91 057 EUR.

Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente Nichthandelsbestand

Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands bei der genossenschaftlichen Zentralbank in Höhe von nominal 520 Mio. EUR.

- **Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands**

In der nachfolgenden Tabelle sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren, zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Neben der Gliederung nach Produktgruppen wird die Fälligkeitsstruktur auf Basis der Nominalbeträge dargestellt. Die beizulegenden Zeitwerte werden ohne rechnerisch angefallene Zinsen angegeben ('clean prices').

Angaben in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	<= 1 Jahr	> 1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	-	140,0	380,0	520,0	34,0	1,1

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden fast ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv- /Passivsteuerung eingesetzt.

Gezahlte Upfront-Payments aus Zinsswaps stehen mit 93.508 EUR zu Buche (Aktiva 14). Erhaltene Upfront-Payments aus Zinsswaps stehen mit 75.888 EUR zu Buche (Passiva 6).

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Der beizulegende Wert aller Geschäfte ermittelt sich aus positiven Marktwerten in Höhe von 33.983.593 EUR (Nennwert 360 Mio.EUR) und negativen Marktwerten in Höhe von - 1.077.262 EUR (Nennwert 160 Mio.EUR). Das Adressenausfallrisiko besteht lediglich gegenüber der Zentralbank und beläuft sich gemäß Solvabilitätsverordnung in der Anrechnung somit auf 0 %.

- Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
1a. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Abtretung von Forderungen bzw. Sicherheiten	122 055 036

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinserträgen ist ein Einmalbetrag von 1.957.200 EUR aus dem Closing eines Derivatgeschäftes enthalten.

Die positiven Zinsen aus Refinanzierungen bei der Deutschen Bundesbank, Einlagen von anderen Kreditinstituten und Kundeneinlagen institutioneller und privater Kunden belaufen sich auf 3.022 EUR (Vorjahr: 802.089 EUR) und sind im Zinsaufwand ausgewiesen (Reduktion des Zinsaufwands).

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge	EUR
Mieteinnahmen	1 832 936
Gewinn aus dem Verkauf einer Immobilie, der Einbringung einer Immobilie in die Tochtergesellschaft sowie verkauftem Inventar	9 306 461
Sonstige betriebliche Aufwendungen	EUR
Aufwand Immobilien	3 146 619

E. Sonstige Angaben

- **Pfandbriefe**

Die PSD Bank Nürnberg eG ist seit 04.09.2015 Pfandbriefbank.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgliederung.

Da die PSD Bank Nürnberg eG das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen stellen wir nur die nach der RechKredV vorgesehenen Posten der Bilanz dar, deren Inhalte das Pfandbriefgeschäft betreffen.

Untergliederung von Posten der Bilanz auf Grund des Pfandbriefgeschäftes

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	-		-	
b) Kommunalkredite	-		-	
c) andere Forderungen	141 897 447	141 897 447	217 055 161	217 055 161
darunter:				
täglich fällig	117 827 709		151 317 111	
gegen Beleihung von Wertpapieren	-		-	

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	2 754 277 290		2 723 910 269	
b) Kommunalkredite	-		-	
c) andere Forderungen	775 867 616	3 530 144 906	778 722 932	3 502 633 201
darunter:				
gegen Beleihung von Wertpapieren	-		-	

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions - und Darlehensgeschäft	-	-	-	-
b) andere	1 665 705	1 665 705	1 572 975	1 572 975

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	291 174 594	-	281 005 226	-
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	-	-	-	-
c) andere Verbindlichkeiten	281 379 794	572 554 388	363 670 350	644 675 576
darunter:				
täglich fällig	14 908	-	-	-

Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	-	438 852 073	-	372 888 866
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	-	-	-	-
c) Spareinlagen	-	-	-	-
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	582 527 302	-	839 192 200	-
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist mehr als drei Monate	10 690 063	593 217 365	1 638 541	840 830 741
d) andere Verbindlichkeiten	-	2 419 765 950	-	2 186 600 124
darunter:				
täglich fällig	1 611 458 671	-	2 141 128 600	-
Summe	-	3 451 835 388	-	3 400 319 731

Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Schuldverschreibungen	-	-	-	-
aa) Hypothekenspfandbriefe	-	-	-	-
ab) Öffentliche Pfandbriefe	-	-	-	-
ac) Sonstige Schuldverschreibungen	-	-	-	-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-	-	-	-
darunter				
Geldmarktpapiere	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	-	-	-	-
b) andere	75 888	75 888	80 443	80 443

• **Angaben nach § 28 PfandBG zum Hypothekendarlehenpfandbriefumlauf**

Angaben zu Gesamtbetrag und Laufzeitstruktur (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 7 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress ¹⁾	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs inkl. Derivate	725,60	650,60	664,61	546,90	544,52	441,51
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	1 220,58	1 095,88	1 154,61	986,03	987,67	850,00
% Fremdwährungsderivate v. Passiva	-	-	-	-	-	-
% Zinsderivate v. Passiva	-	-	-	-	-	-
% Fremdwährungsderivate v. Aktiva	-	-	-	-	-	-
% Zinsderivate v. Aktiva	-	-	-	-	-	-
Überdeckung in %	68,22	68,44	73,73	80,29	81,38	92,52
Gesetzliche Überdeckung ²⁾	28,49	24,96	27,02	22,64	22,61	18,90
Vertragliche Überdeckung	-	-	-	-	-	-
Freiwillige Überdeckung	466,49	420,31	462,98	416,49	420,54	389,59

¹⁾ Sowohl die Ermittlung des Risikobarwerts als auch des Währungsstresses erfolgt statisch.

²⁾ Die gesetzliche Überdeckungserfordernis setzt sich aus der barwertigen sichernden Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG und der nennwertigen sichernden Überdeckung gemäß § 4 Abs. 2 PfandBG zusammen.

§ 28 Abs. 1 Nr. 4 und 5 PfandBG Laufzeitstruktur, Zinsbindungsfrist und Fälligkeitsverschiebung	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse		Fälligkeitsverschiebung ³⁾	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
bis zu sechs Monate	15,00	-	43,22	27,69	-	-
mehr als sechs Monate bis zu zwölf Monaten	-	-	39,92	40,12	-	-
mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monaten	5,00	15,00	72,26	40,65	15,00	-
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	35,00	-	46,44	38,38	-	-
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	48,00	40,00	85,21	116,56	40,00	15,00
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	60,00	48,00	95,41	82,41	48,00	40,00
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	35,00	60,00	88,78	89,60	60,00	48,00
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	259,60	179,60	379,34	332,16	189,60	155,00
über 10 Jahre	268,00	308,00	370,01	328,31	373,00	392,60

³⁾ Auswirkungen einer Fälligkeitsverschiebung auf die Laufzeitenstruktur der Pfandbriefe / Verschiebungsszenario 12 Monate.

<p>§ 28 Abs. 1 Nr. 5 PfandBG Informationen zur Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG</p>	<p>31.12.2023</p>	<p>31.12.2022</p>
<p>Voraussetzungen für die Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG</p>	<p>Das Hinausschieben der Fälligkeit ist erforderlich, um die Zahlungsunfähigkeit der Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit zu vermeiden (Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit), die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit ist nicht überschuldet (keine bestehende Überschuldung) und es besteht Grund zu der Annahme, dass die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit jedenfalls nach Ablauf des größtmöglichen Verschiebungszeitraums unter Berücksichtigung weiterer Verschiebungsmöglichkeiten ihre dann fälligen Verbindlichkeiten erfüllen kann (positive Erfüllungsprognose). Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2b PfandBG.</p>	<p>Das Hinausschieben der Fälligkeit ist erforderlich, um die Zahlungsunfähigkeit der Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit zu vermeiden (Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit), die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit ist nicht überschuldet (keine bestehende Überschuldung) und es besteht Grund zu der Annahme, dass die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit jedenfalls nach Ablauf des größtmöglichen Verschiebungszeitraums unter Berücksichtigung weiterer Verschiebungsmöglichkeiten ihre dann fälligen Verbindlichkeiten erfüllen kann (positive Erfüllungsprognose). Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2b PfandBG.</p>

<p>Befugnisse des Sachwalters bei Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG</p>	<p>Der Sachwalter kann die Fälligkeiten der Tilgungszahlungen verschieben, wenn die maßgeblichen Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG hierfür erfüllt sind. Die Verschiebungsdauer, welche einen Zeitraum von 12 Monaten nicht überschreiten darf, bestimmt der Sachwalter entsprechend der Erforderlichkeit.</p> <p>Der Sachwalter kann die Fälligkeiten von Tilgungs- und Zinszahlungen, die innerhalb eines Monats nach seiner Ernennung fällig werden, auf das Ende dieses Monatszeitraums verschieben. Entschieden sich der Sachwalter für eine solche Verschiebung, wird das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG unwiderlegbar vermutet. Eine solche Verschiebung ist im Rahmen der Höchstverschiebungsdauer von 12 Monaten zu berücksichtigen.</p> <p>Der Sachwalter darf von seiner Befugnis für sämtliche Pfandbriefe einer Emission nur einheitlich Gebrauch machen. Hierbei dürfen die Fälligkeiten vollständig oder anteilig verschoben werden. Der Sachwalter hat die Fälligkeit für eine Pfandbriefemission so zu verschieben, dass die ursprüngliche Reihenfolge der Bedienung der Pfandbriefe, welche durch die Verschiebung überholt werden könnten, nicht geändert wird (Überholverbot). Dies kann dazu führen, dass auch die Fälligkeiten später fällig werdender Emissionen zu verschieben sind, um das Überholverbot zu wahren. Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2a und 2b PfandBG.</p>	<p>Der Sachwalter kann die Fälligkeiten der Tilgungszahlungen verschieben, wenn die maßgeblichen Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG hierfür erfüllt sind. Die Verschiebungsdauer, welche einen Zeitraum von 12 Monaten nicht überschreiten darf, bestimmt der Sachwalter entsprechend der Erforderlichkeit.</p> <p>Der Sachwalter kann die Fälligkeiten von Tilgungs- und Zinszahlungen, die innerhalb eines Monats nach seiner Ernennung fällig werden, auf das Ende dieses Monatszeitraums verschieben. Entschieden sich der Sachwalter für eine solche Verschiebung, wird das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG unwiderlegbar vermutet. Eine solche Verschiebung ist im Rahmen der Höchstverschiebungsdauer von 12 Monaten zu berücksichtigen.</p> <p>Der Sachwalter darf von seiner Befugnis für sämtliche Pfandbriefe einer Emission nur einheitlich Gebrauch machen. Hierbei dürfen die Fälligkeiten vollständig oder anteilig verschoben werden. Der Sachwalter hat die Fälligkeit für eine Pfandbriefemission so zu verschieben, dass die ursprüngliche Reihenfolge der Bedienung der Pfandbriefe, welche durch die Verschiebung überholt werden könnten, nicht geändert wird (Überholverbot). Dies kann dazu führen, dass auch die Fälligkeiten später fällig werdender Emissionen zu verschieben sind, um das Überholverbot zu wahren. Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2a und 2b PfandBG.</p>
---	---	---

§ 28 Abs. 1 Nr. 6 PfandBG Liqui-Kennzahlen	31.12.2023	31.12.2022
Absolutbetrag der von Null verschiedenen größten sich ergebenden negativen Summe in den nächsten 180 Tagen i. S. d. § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG für die Pfandbriefe (Liquiditätsbedarf)	1,19	0,32
Tag an dem sich die größte negative Summe ergibt	97,00	28,00
Gesamtbetrag der Deckungswerte, welche die Anforderungen von § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG erfüllen (Liquiditätsabdeckung)	21,83	21,02
Liquiditätsüberschuss	20,64	20,71

§ 28 Abs. 1 Nr. 13 PfandBG Kennzahlen	31.12.2023	31.12.2022
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	100,00 %	100,00 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100,00 %	100,00 %

§ 28 Abs. 1 Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung)	Zinsstress-Barwert der Deckungsmassen		Zinsstress-Barwert des Pfandbriefumlaufs	
Fremdwährung	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief- Barwertverordnung)	Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwährung		Nettobarwert in EUR	
Fremdwährung	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
	-	-	-	-	-	-

Zusammensetzung der ordentlichen Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Größenklassen	31.12.2023	31.12.2022
bis zu 300 Tsd. €	1 166,63	1 060,35
mehr als 300 Tsd. € bis zu 1 Mio. €	28,45	10,03
mehr als 1 Mio. € bis zu 10 Mio.€	-	-
mehr als 10 Mio. €	-	-

§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und 1c PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (I)	31.12.2023	31.12.2022
wohnwirtschaftlich	1 195,08	1 070,38
gewerblich	-	-

§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und 1c PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (II)	31.12.2023	31.12.2022
Staat		
Bundesrepublik Deutschland		
Eigentumswohnungen	301,65	276,42
Ein- und Zweifamilienhäuser	893,43	793,96
Mehrfamilienhäuser	-	-
Bürogebäude	-	-
Handelsgebäude	-	-
Industriegebäude	-	-
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	-	-
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-
Bauplätze	-	-
Summe	1 195,08	1 070,38

Weitere Kennzahlen		31.12.2023	31.12.2022
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Forderungen nach § 12 Abs. 1 PfandBG, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz PfandBG überschreiten	in Mio. EUR	-	-
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Werte nach § 19 Abs. 1 PfandBG, die die Grenzen nach § 19 Abs. 1 Satz 7 PfandBG überschreiten	in Mio. EUR	-	-
§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG - volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning)	in Jahren	5,39	5,06
§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG - durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	in %	50,38	50,70
ordentliche Deckung (nominal)	in Mio. EUR	1 195,08	1 070,38
Anteil am Gesamtumlauf	in %	164,70	164,52

Zusammensetzung der weiteren Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 12 PfandBG Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten	31.12.2023	31.12.2022
§ 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	-	-
§ 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	-	-
§ 19 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 a) und b) PfandBG			
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Staat	-	-	-	-
Keine	-	-	-	-
Frankreich	-	-	-	-
EU-Institution	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 a) bis c) PfandBG			
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Staat	-	-	-	-
Keine	-	-	-	-
Frankreich	-	-	-	-
EU-Institution	10,50	10,50	-	-
Summe	10,50	10,50	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG	
	31.12.2023	31.12.2022
Staat	-	-
Keine	-	-
Frankreich	15,00	15,00
EU-Institution	-	-
Summe	15,00	15,00

§ 28 Abs.1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG	Summe	
Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	31.12.2023	31.12.2022
Staat		
Keine	-	-
Frankreich	15,00	15,00
EU-Institution	10,50	10,50
Summe	25,50	25,50

Übersicht über rückständige Leistungen (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 15 PfandBG	31.12.2023	31.12.2022
Anteil der rückständigen Deckungswerte gemäß Art. 178 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	- %	- %

§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen		Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	
Staat	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Keine	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

ISIN-Liste der Inhaberpapiere

§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	
ISIN-Liste nach Pfandbriefgattung (nur Inhaberpfandbriefe)	
31.12.2023	31.12.2022

Anhang des Jahresabschlusses

§ 28 Abs. 2 Nr. 5 PfandBG	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren mit gleichzeitigem Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	-	-	-	-
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen (Angaben in Mio. EUR)	-	-	-	-

• Zusatzangaben nach § 35 RechKredV

Die im Deckungsregister aufgeführten Realkredite in Höhe von 1.195,1 Mio. EUR werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die zur Deckung dienenden Wertpapiere in Höhe von 25,5 Mio. EUR (Nominalvolumen) sind in der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten.

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 112 947 EUR.
- Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2023 Pensionsrückstellungen in Höhe von 101 762 EUR.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	684 811
Mitglieder des Aufsichtsrats	219 270

Geschäfte mit nahestehenden Personen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäftes vorgenommen.

- Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 9 268 TEUR.
- Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.
- Die Zahl der im Jahr 2023 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	175,25	85,25

Außerdem wurden durchschnittlich 10,00 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

Anfang	2023
Zugang	2023
Abgang	2023
Ende	2023

Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
53 686	566 240
436	51 250
2 532	25 165
51 590	592 325

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um

EUR 2 636 508

Höhe des Geschäftsanteils EUR 100

Höhe der Haftsumme EUR -

- Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der PSD Banken e.V.
Dreizehmorgenweg 36
53175 Bonn

- Mitglieder des Vorstands

Johann Büchler, Vorsitzender (bis 31.12.2023)
Helmut Hollweck Vorsitzender
Ronny Reißmann
Jessica Tröger (ab 01.01.2024)

hauptamtliches Vorstandsmitglied
hauptamtliches Vorstandsmitglied
hauptamtliches Vorstandsmitglied
hauptamtliches Vorstandsmitglied

- Mitglieder des Aufsichtsrats

Dr. Tilman Engel, Vorsitzender
Dipl.-Kfm. René Stein, stellvertretender Vorsitzender
Martin Führlein (ab 28.06.2023)
Sandra Huber

Geschäftsführer, Sontowski & Partner GmbH
CFO, Prokurist Riedhammer GmbH
Vorstand, GRR AG
Abteilungsleiterin Personalentwicklung / Ausbildung;
Mitglied des Betriebsrates der PSD Bank Nürnberg eG
Hauptgeschäftsführerin, AWO Kreisverband Kulmbach e.V.
Leitender Postdirektor a.D.
Vorsitzender DPVKOM Bayern
Steuerberaterin, LEONI AG
selbstständig, Beratender Diplom-Kaufmann
Präsident, Leiter Postdirektion Nürnberg, a.D.

Margit Vogel
Dipl.-Ing Bernhard Pfund
Edwin Then

Dipl.-Volkswirtin Carola Seifried
Dipl.-Kfm. Karl Michael Grimm
Dipl.-Kfm. Josef Süß (bis 28.06.2023)

Nürnberg, 15. März 2024
(Ort, Datum)

PSD Bank Nürnberg eG
(Firma der Genossenschaft)

Der Vorstand

gez. Helmut Hollweck

gez. Ronny Reißmann

gez. Jessica Tröger

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die PSD Bank Nürnberg eG, Nürnberg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der PSD Bank Nürnberg eG (im Folgenden "Genossenschaft") - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Verändertes Marktzinsumfeld und Auswirkungen auf den Jahresabschluss
3. Ansatz und Bewertung von im Sachanlagevermögen befindlichen Grundstücken und Gebäuden einschließlich der Einbringung in eine Investment KG unter Aufdeckung stiller Reserven

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

c) Verweis auf weitergehende Informationen

1. Bewertung Kundenforderungen

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, umfassen einen Betrag in Höhe von 3.530,1 Mio. EUR. Dies entspricht 78,0 % der Bilanzsumme. In den Forderungen an Kunden ist ein Schuldscheindarlehen in Höhe von 5 Mio. EUR enthalten. Zudem bestehen Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 0,1 Mio. EUR.

Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen nach IDW RS BFA 7 sowie die Bemessung von Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung von der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung der jeweiligen Kreditnehmer sowie von der Bewertung der Kreditsicherheiten abhängig ist. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen von entscheidender Bedeutung für den Jahresabschluss und insbesondere für die Ertragslage und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Wir haben zunächst beurteilt, ob die Systeme bzw. Prozesse der Bank derart ausgestaltet sind, dass akute Risiken mit hinreichender Sicherheit rechtzeitig erkannt werden und gegebenenfalls eine Risikovorsorge in ausreichendem Umfang gebildet wird. Unsere Prüfungshandlungen umfassten die für die Bewertung der Kundenforderungen relevanten Bereiche und Prozesse.

In Folge haben wir uns von der Funktionsfähigkeit der Regelungen bzw. Prozesse überzeugt. Hierbei stellen wir auf die eingerichteten relevanten Kontrollen der Bank ab.

Auf Basis der Erkenntnisse der Aufbau- und Prozessprüfung haben wir analytische Prüfungshandlungen durchgeführt. In diesem Zuge wurden neben den Ratingeinstufungen die Höhe der ungesicherten Kreditteile und des Credit Value at Risk sowie die Gesamtzusage berücksichtigt. Auf den analytischen Prüfungshandlungen aufbauend haben wir bewusst ausgewählte Kreditengagements einer Einzelfallprüfung unterzogen, bei der wir auch eine Prüfung hinsichtlich der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge vorgenommen haben.

Im Hinblick auf die gebildete Pauschalwertberichtigung zur Berücksichtigung vorhersehbarer, aber noch nicht konkretisierter Ausfallrisiken im Kreditgeschäft haben wir uns unter anderem mit den bei der Bewertung zugrunde gelegten Annahmen und Parametern auseinandergesetzt. Dabei haben wir die zutreffende Ableitung der sachlichen und betraglichen Bemessungsgrundlagen nachvollzogen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung haben wir anhand der einfließenden wesentlichen Annahmen und Parameter nachvollzogen und plausibilisiert.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Angaben der Bank zur Bilanzierung und Bewertung von Forderungen im Kreditgeschäft sind im Anhang im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden enthalten.

Im Lagebericht sind Ausführungen zu den Kreditstrukturen in Abschnitt „II. 4.3 Vermögenslage“ und zu den Verfahren der Risikoerkennung in Abschnitt „III. 3. Adressenausfallrisiken – Forderungen an Kunden“ enthalten.

2. Verändertes Marktzinsumfeld und Auswirkungen auf den Jahresabschluss

a) Sachverhalt und Problemstellung

Das nach dem Zinsanstieg im Vorjahr nachhaltig veränderte Marktzinsumfeld hat nach wie vor Auswirkungen auf die künftige Zinsmarge der Genossenschaft sowie auf die Marktpreise der Wertpapiere.

Mit den Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden, den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren auf der Aktivseite (insgesamt 3.926,3 Mio. EUR bzw. 86,8 % der Bilanzsumme) und den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie nachrangigen Verbindlichkeiten auf der Passivseite (insgesamt 4.088,7 Mio. EUR bzw. 90,4 % der Bilanzsumme) gehören wesentliche Teile der Bilanz sowie die zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate mit einem Nominalwert von 520 Mio. EUR zu den Finanzinstrumenten des Zinsbuchs der Bank.

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs sind im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. von der Genossenschaft verlustfrei zu bewerten. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang ist eine Drohverlustrückstellung zu bilden, die unter den anderen Rückstellungen auszuweisen wäre. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2023 war keine Rückstellung zu bilden.

Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 781,8 Mio. EUR. Dies entspricht 17,3 % der Bilanzsumme. Davon werden 509,6 Mio. EUR (11,3 % der Bilanzsumme) im Jahresabschluss 2023 wie Anlagevermögen bewertet. Durch die Bewertung wie Anlagevermögen wurden außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich nicht dauernden Wertminderungen in Höhe von 6,7 Mio. EUR vermieden.

Sowohl der Berechnung des Nettobarwertes des Zinsbuches zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Drohverlustrückstellung als auch der Beurteilung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei Wertpapieren des Anlagevermögens einschließlich der hierbei zugrundeliegenden Annahmen und Parameter liegen in einem hohem Ausmaß Einschätzungen, Annahmen und Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter zugrunde. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass wesentliche Annahmen und Parameter nicht sachgerecht berücksichtigt werden bzw. Ermessensspielräume nicht sachgerecht genutzt werden. Daher waren diese Sachverhalte für den Jahresabschluss und insbesondere für die Ertragslage von entscheidender Bedeutung und waren aus unserer Sicht von besonderer Bedeutung für unsere Prüfung.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Im Rahmen unserer Prüfung der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs haben wir uns unter anderem mit den bei der Bewertung zugrunde gelegten Annahmen und Parametern sowie der Abgrenzung des Bankbuchs auseinandergesetzt. Das Berechnungsschema der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs haben wir anhand der einfließenden wesentlichen Annahmen und Parameter einschließlich der Diskontierung nachvollzogen und plausibilisiert. Dabei haben wir bestimmte von den gesetzlichen Vertretern angewandte Annahmen und Parameter einer Einzelfallprüfung unterzogen. Des Weiteren haben wir uns von der Kongruenz der verwendeten Methoden, Annahmen und Parametern zur internen Risikosteuerung überzeugt.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir weiter die Bestände an Wertpapieren analysiert, deren Bewertungen mit erhöhter Ermessensentscheidung behaftet sind. Wir haben uns ein Verständnis darüber verschafft, wie die gesetzlichen Vertreter die für Schätzwerte relevanten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Annahmen und Datenquellen, identifiziert haben. Anhand ausgewählter Einzelfälle haben wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Ermessensentscheidungen und genutzten Bewertungswahlrechte risikoorientiert im Hinblick auf erhöhte Bewertungsunsicherheiten nachvollzogen. Bei Verzicht auf Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert bei Wertpapieren des Anlagevermögens haben wir beurteilt, ob die Wertansätze und die damit zusammenhängenden Angaben im Jahresabschluss im Rahmen der handelsrechtlichen Vorschriften vertretbar sind.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Angaben der Genossenschaft zur verlustfreien Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs und zur Bilanzierung und Bewertung der Wertpapiere sind im Anhang im Abschnitt "B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" sowie im Abschnitt „D. I Bilanz“ enthalten. Im Lagebericht sind Ausführungen unter den Abschnitten „II. 3 Geschäftsverlauf der PSD Bank Nürnberg eG“, „II. 4.1 Ertragslage“, „II. 4.3 Vermögenslage“ sowie „III. 2 Marktpreisrisiken“ enthalten.

3. Ansatz und Bewertung von im Sachanlagevermögen befindlichen Grundstücken und Gebäuden einschließlich der Einbringung in eine Investment KG unter Aufdeckung stiller Reserven

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Bank hat in 2022 einen Kaufvertrag über eine fremdgenutzte Immobilie abgeschlossen, für die der Übergang von Nutzen und Lasten und die hiermit verbundene Bilanzierung im Sachanlagevermögen zum 01.03.2023 erfolgte.

Zum 01.07.2023 hat die Bank diese Immobilie zum Verkehrswert aus ihrem Sachanlagevermögen als unentgeltliche Sacheinlage in die Kapitalrücklage der PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG eingebracht. Der Verkehrswert der Immobilie wurde dem gesamthänderisch gebundenen Rücklagenkonto gutgeschrieben.

Durch die Einbringung zum Verkehrswert hat die Bank einen Einbringungsgewinn aus der Immobilie erzielt. Dem gegenüber stehen Kosten für die vertragsmäßig vereinbarte Sanierung der Tiefgarage der Immobilie in 2024. Für die Sanierungskosten wurde eine Rückstellung nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet.

Des Weiteren wurde im Berichtsjahr ein Vertrag über den Abriss einer im Sachanlagevermögen befindlichen fremdgenutzten Immobilie geschlossen. Der Gebäudewert der Immobilie wurde im Berichtsjahr vollständig abgeschrieben (Aufwand von 5,0 Mio. EUR).

Das Jahresergebnis der Bank war durch den Einbringungsgewinn, die Aufwendungen für die Rückstellung und durch die außerplanmäßige Abschreibung einer fremdgenutzten Immobilie maßgeblich beeinflusst. Die zutreffende Bewertung der Immobilien im Sachanlagevermögen und der nach Tauschgrundsätzen bewerteten Anteile an der Investmentkommanditgesellschaft unterliegt erheblichen Ermessensspielräumen und stellt daher nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Im Rahmen unserer Prüfung erfolgte eine Beurteilung der sachgerechten Abbildung im Jahresabschluss.

Dabei wurde insbesondere der Abgang und die Bewertung der Immobilien aus dem Sachanlagevermögen, der Übergang von Chancen und Risiken sowie das Bestehen der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Erträge und die Zugänge im Hinblick auf die Anteile an der PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG im Investmentvermögen geprüft. Dies konnte durch die Einsichtnahme in die vorgelegten Verträge, Immobiliengutachten, Quartalsberichte der PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG sowie Kontoauszüge der Bank nachvollzogen werden.

Hinsichtlich der Verkehrswerte der im Sachanlagevermögen befindlichen und eingebrachten Immobilien haben wir die von einem Immobiliengutachter erstellten Wertgutachten in Bezug auf ihre Aktualität, Methodik sowie die Nachvollziehbarkeit der Wertermittlung gewürdigt. Damit einhergehend haben wir uns ein Verständnis über die dem Wertgutachten zugrunde liegenden Ausgangsdaten, Wertparameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen. Bezüglich der Ermittlung der Verkehrswerte der Kommanditanteile haben wir diese hinsichtlich der Aktualität und der verwendeten Methoden nachvollzogen und gewürdigt.

Des Weiteren waren der zutreffende Ausweis der Sachverhalte in der Bilanz und der GuV sowie die einschlägigen Anhangangaben Gegenstand unserer Prüfung.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Angaben der Bank sind im Anhang unter den Abschnitten „D. I Bilanz“ und „D. II Gewinn- und Verlustrechnung“ sowie im Lagebericht unter den Abschnitten „II. 3 Geschäftsverlauf der PSD Bank Nürnberg eG“, „II. 4.1 Ertragslage“ sowie „II. 4.3 Vermögenslage“ enthalten.

Sonstige Informationen

Sonstige Informationen lagen zum Zeitpunkt der Erteilung dieses Bestätigungsvermerks nicht vor.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Wertpapierdienstleistungs- und Depotprüfung nach § 89 WpHG
- Schulungsveranstaltungen für Aufsichtsräte und Bankmitarbeiter

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist David Peters.

Bonn, den 16.04.2024

Verband der PSD Banken e.V.

gez. Peters
Wirtschaftsprüfer

Dieser Jahresabschluss wurde gemäß § 48 GenG in der Generalversammlung am 26. Juni 2024 festgestellt und die Ergebnisverwendung wie vorgeschlagen beschlossen.

BaFin - Instituts - Nummer: 101995

**Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2023
("Länderspezifische Berichterstattung")**

Die PSD Bank Nürnberg eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der PSD Bank Nürnberg eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die PSD Bank Nürnberg eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Investmentfonds etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2023 59.077 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 262,8.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 10.218 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 671 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die PSD Bank Nürnberg eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.